

Die albanischen Krisen und die OSZE

von Harald Schenker, Kukës

Der Zusammenbruch staatlicher Strukturen in Albanien im Frühjahr 1997 bedeutete den Anfang des Engagements der OSZE im abgelegensten Land Europas. Seitdem stolpert das Balkanland von Krise zu Krise. Es mag erstaunen, aber trotz dieser Krisen ist der Annäherungsprozeß Albanien an Europa eine nicht mehr aufhaltbare Tatsache.

Der Zusammenbruch der Pyramidengesellschaften und der darauf folgende Kollaps Albanien brachten die Einrichtung einer OSZE-Präsenz mit sich. Der aus den unter schwierigen Bedingungen abgehaltenen Wahlen hervorgegangene Regierungswechsel ließ 1997 die Möglichkeit eines Neuanfangs nahe erscheinen. Die internationale Gemeinschaft hatte begonnen zu verstehen, daß sie es sich nicht länger leisten konnte, eine derart instabile Lage in Europa zu dulden. Die Lehren aus dem Bosnienkrieg begannen ihre Wirkung zu zeigen.

Trotzdem war die Entschlossenheit nicht groß genug, um eine Intervention größeren Ausmaßes zu organisieren. Die OSZE richtete eine Präsenz ein, bestehend aus einer

Handvoll Vertretern in der Hauptstadt Tirana und einer langsam zunehmenden Anzahl von *Field Offices* in den größeren Städten. Die Troika – bestehend aus OSZE, der amerikanischen Botschaft und der Vertretung des Europarates – begann einen gemeinsamen Versuch, dem zerstörten Staat wieder auf die Beine zu helfen. Was nach 1997 übriggeblieben war, das war ein Staat ohne Staatsbewußtsein, eine politische Klasse, die von kriminellen Machenschaften, Korruption oder bestenfalls Unfähigkeit gekennzeichnet war, sowie eine Bevölkerung unter Waffen, von denen sie regen Gebrauch machte. Die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung blieb ein Projekt, die Tatsache, daß die WEU-Polizei sich kaum außerhalb Tiranas bewegt, spricht für sich.

Die Zentralperspektive

Aufgabe der OSZE-Präsenz war es dabei hauptsächlich, die Schaffung demokratischer Institutionen zu fördern und zu sichern. Andere klassische Aufgabenfelder der Orga-

nisation, wie etwa die Beobachtung der Menschenrechtssituation wurden ebenfalls wahrgenommen. Der erste Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Staat war die Verfassung. Während der Regierungszeit Berishas waren mehrere Versuche gescheitert, Entwürfe der Demokratischen Partei durchzubringen. Ein nationaler Konsens über die Form des Staates war genauso wenig zu erreichen gewesen, wie in allen anderen wichtigen Bereichen staatlichen Lebens.

Die Verfassung sollte auch zur ersten großen Bewährungsprobe für die Präsenz werden. Während die Verfassungskommission unter Zuhilfenahme angesehener Berater, mit Hilfe von OSZE-Experten und unter der strengen Beobachtung der Venedig-Kommission die Ausarbeitung einer der modernsten Verfassungen Europas vorbereitete, gingen die ermüdenden Parteiquerelen in eine neue Runde. Durch den wiederholten Auszug der Opposition aus dem Parlament unter Führung der Demokratischen Partei im August 1998 sowie mit geradezu unsinnigen prozeduralen Forderungen in bezug auf die Arbeit der Verfassungskommission sollte versucht werden, auch diesen Verfassungsentwurf zu Fall zu bringen; mit dem absurden Argument, es sei eine kommunistische Verfassung. Die Entscheidung der OSZE, die Arbeit an der Verfassung trotz des Boykotts weiterhin zu unterstützen, stieß auf Zustimmung von seiten der internationalen Gemeinschaft, wurde allerdings von einer Kampagne in der oppositionellen Presse begleitet, die sehr persönlich gegen Daan Everts, den Leiter der Präsenz, geführt wurde.

Verfassungsreferendum und „Septemberkrise“

Der Weg zum Referendum, durch das der Verfassungsentwurf legitimiert werden sollte, war steinig. Die Unentschlossenheit der Opposition über ihren eigenen Kurs behinderte die Arbeit der Verfassungskommission immer wieder. Als die Demokratische Partei letzten Endes im Spätherbst 1998 zum Boykott des Referendums aufrief, verlor sie in den Augen vieler am Prozeß Beteiligter entscheidend an politischer Glaubwürdigkeit. Eine NEIN-Kampagne wäre der demokratische Weg gewesen, statt dessen entschied sich die Partei, in der bei weitem nicht alle die Meinung Sali Berishas teilen, dessen Konfrontationskurs beizubehalten, ungeachtet des politischen Schadens für das Land und die eigene Partei. Entsprechend war das Ergebnis des Referendums im November. Die Verfassung wurde mit einer äußerst knappen Mehrheit bei einer sehr geringen Wahlbeteiligung angenommen. Es war sicherlich kein Meilenstein der albanischen Demokratie gesetzt worden, aber immerhin wurde dem gebeutelten Land eine demokratische Grundlage gegeben, auf der künftige Reformen aufbauen können. Die OSZE stellte für die Durchführung des Referendums Beobachter zur Verfügung, die zumindest keine großangelegte Manipulation feststellen konnten. Mit der Verabschiedung der Verfassung war für die OSZE-Präsenz ein Kapitel abgeschlossen, das erhebliche Mühe und Aufwand gekostet hatte.

Die Septemberkrise stellte eine weitere harte Prüfung für Albanien dar. Eine der Grundlagen dafür war die Verhaftung und Anklage von sechs ehemaligen Würdenträgern der Berisha-Regierung. Diese bewegte sich hart an der Grenze der Legalität, und trug zumindest den Anstrich einer politischen Rachekampagne, da einige der Angeklagten an der Verurteilung des Ministerpräsidenten Fatos Nano¹ beteiligt gewesen waren. Der Auslöser allerdings war die Ermordung – unter bislang immer noch ungeklärten Umständen – Azem Hajdaris, eines engen Vertrauten von Sali Berisha und ein führender (Hitz-)Kopf der Demokratischen Partei. Hajdari wurde auf der Treppe des Parteisitzes der Demokraten erschossen, als er das Gebäude verließ. Der Mörder blieb unerkant. Die heftigen Proteste der Opposition, die den Mord der Regierung Nano anlastet, gipfelten in einem Ereignis, das bisher schwer zu interpretieren ist.

Die Regierung stellt es als versuchten Staatsstreich dar. Tatsache ist, daß am 14. September Massen von Menschen Regierungsgebäude angriffen und plünderten, daß die Opposition für einige Stunden den Fernseh- und Radiosender unter ihre Kontrolle bringen konnte und für kurze Zeit zwei Panzer von den Demonstranten „gekapt“ wurden. Allerdings gab es schon am Vortag Anzeichen für heftige Proteste. Die Sicherheitsvorkehrungen in der Hauptstadt Tirana wurden dennoch nicht wesentlich verschärft. Es gibt zumindest Anzeichen dafür, daß die Regierung Nano die Zerstörungen billigend in Kauf genommen haben könnte, um die Opposition politisch noch mehr zu diskreditieren und um einen Grund zu haben, Berisha direkt unter Anklage zu stellen. Dies geschah auch zunächst, die Anklage wurde allerdings später verwässert. Nach einigen Stunden der Krise gab die Opposition auf, der halbherzige „Staatsstreich“ war zu Ende. Während dieser Ereignisse und der darauffolgenden Tage tauchte Ministerpräsident Nano unter. Die gesamte Krise, in der es vor allem um Rache ging, ist meines Erachtens ein deutlicher Indikator für das politische Niveau beider Seiten und gleichzeitig dafür, daß Albanien von einem wahrhaft demokratischen Staatsbewußtsein noch weit entfernt ist.

Folgen des „Staatsstreichs“

Als Ergebnis der Krise, während der die OSZE zusammen mit dem Europarat und der amerikanischen Botschaft unzählige Gespräche führte und teilweise gezwungen war, Mittel der Geheimdiplomatie anzuwenden, trat Ministerpräsident Nano von seinen Staats- und Parteiämtern zurück. Die Sozialistische Partei ernannte ihren Generalsekretär, den damals 31jährigen Pandeli Majko zum neuen Ministerpräsidenten. Damit entsprach sie dem ausdrücklichen Wunsch der „Troika“, die sich einen im Gegensatz zum Hardliner Nano eher westlich orientierten Regierungschef vorstellte. Die Änderungen in der Regierung entsprachen weitgehend auch der neuen Linie, junge Politiker besetzten wichtige Ämter, allerdings ver-

blieben einige Getreue und Weggefährten Nanos, die über eine mächtige politische und wirtschaftliche Basis verfügen, in entscheidenden Positionen. Zu ihnen zählt beispielsweise der Parlamentspräsident Skendár Gjinushi, eine der schillernden Figuren in der Geschichte der Verstrickungen von politischer und wirtschaftlicher Macht in Albanien.

Die Opposition hatte sich bereiterklärt, Majko zu akzeptieren, unter der Bedingung, daß der Tod Hajdaris rückhaltlos aufgeklärt würde. Die anfängliche Hoffnung der OSZE, genährt durch einige Treffen zwischen Berisha und Majko, daß die Demokratische Partei nun ihr Wählermandat als Opposition ernstnehmen und die parlamentarische Arbeit wiederaufnehmen würde, wurde allerdings enttäuscht. Zu groß ist Sali Berishas Wille zur Selbstdarstellung und Alleinherrschaft, gegen inzwischen große Teile seiner eigenen Parteispitze. Was die Aufklärung des Falles Hajdari betrifft, so vermittelte die OSZE-Präsenz die Entsendung eines norwegischen Sonderermittlers, der ausschließlich für diesen Fall den albanischen Behörden beratend zur Seite stehen sollte. Die Arbeit dauert zur Zeit an. Natürlich war die Einsicht relativ schnell da, daß die sowieso angestrebte Reform des Justizsystems dringend notwendig sei.

Reformansätze

Einer der ersten Schritte dazu wurde neulich erst getan, als über 200 auf Zeit ernannte Richter sich einer in Zusammenarbeit mit der OSZE erarbeiteten und von ihr überwachten Prüfung unterziehen mußten, um ihren endgültigen Status zu erhalten. Die Opposition sah darin einen Anschlag auf die Unabhängigkeit der Justiz. Die Tatsache jedoch, daß sich lediglich 14 Richter zum Boykott der Prüfung entschlossen, spricht für sich. Sie verloren damit ihr Amt.

Der nächste Schritt in der Reform des Staatsapparates ist die Ausarbeitung eines neuen Beamtengesetzes. Auch hier ist die OSZE beratend tätig. Eine weitere dringend notwendige Reform ist die der Lokalverwaltung. Albanien ist nach wie vor überzentralisiert. Die Kompetenzen der Kreistage und der Gemeinden sind minimal, was nur noch von ihrem Budget unterschritten wird. Die Stärkung der Macht dieser gewählten Organe im Gegensatz zu den von der Regierung ernannten Präfekten, ist eine *conditio sine qua non* der Demokratisierung des Landes. Natürlich waren die Regierungen jeglicher Couleur bis heute sehr zögerlich bei der Festschreibung ihres eigenen Machtverlustes vorgegangen. Unterschriebene Verträge – in diesem Fall die Europäische Konvention über Lokalautonomie – zwingen Albanien jedoch, diesen Weg zu gehen.

Die Flüchtlingskrise², wenn auch von außen hereingetragen, hatte innenpolitische Implikationen. Während die Regierung äußerst pragmatisch handelte, versuchte Sali Berisha, der nicht erst seit Ausbruch der Kämpfe im Kosovo eine sehr nationalistische Linie vertrat, anfäng-

lich aus der Situation politisches Kapital zu schlagen. Glücklicherweise gelangte er angesichts der Dimension der Krise zu der Einsicht, daß es zumindest in der ersten, schwierigen Phase eine gemeinsame albanische Position geben mußte. Dadurch konnte sich das politische und humanitäre Krisenmanagement auf einen nationalen Konsens stützen, der allerdings binnen Wochen zu bröckeln begann, als es konkret darum ging, wer langfristig von der Aufbauhilfe profitieren sollte. Beide Seiten bezichtigten sich der Profitsucht, und wahrscheinlich hatten beide zumindest teilweise recht.

Die Feldperspektive

Neben der Arbeit im Hauptquartier in Tirana unterhält die OSZE-Präsenz in Albanien noch eine steigende Anzahl von *Field Offices*. Hier soll einerseits die Politik des Hauptquartiers umgesetzt werden, andererseits sollen Impulse für diese gegeben werden. Bis dato gab es zwei Arten von Regionalbüros: Stadtbüros und Grenzbeobachtungsbüros. Einige erfüllten beide Aufgaben.

Die relative Abgeschiedenheit einiger Orte sowie teilweise erhebliche regionale Unterschiede erlauben eine gewisse Unabhängigkeit im Umgang mit den Problemen vor Ort. Im folgenden will ich versuchen, an zwei Beispielen und der eigenen Erfahrung die Arbeit in diesen Büros darzustellen.

Kukës

Kukës wurde im Mai 1998 eröffnet, als reines Grenzbeobachtungsbüro. Diese Arbeit hatte weniger mit den internen Problemen Albaniens zu tun als vielmehr das Ziel, soviel Informationen wie möglich über die Geschehnisse im Kosovo zu erhalten. Dies geschah zu einer Zeit, als keine internationale Präsenz innerhalb des Kosovo vorhanden war – wenn man von einem Team der Beobachtungsmission der EU (ECMM) absieht, deren Bewegungsfreiheit sich allerdings auf Priština beschränkte. Insofern waren die spärlichen Informationen von der Grenze das maximal Erreichbare.

Kurz nach der Eröffnung des Büros wurde allerdings klar, daß sowohl die Bevölkerung im extrem armen Nordosten als auch die Lokalverwaltung große Hoffnungen in die Anwesenheit der OSZE vor Ort setzten. Die logische Folge durfte nur sein, daß kleinere Projekte angeschoben wurden, die langfristige Folgen haben würden. Es ging und geht dabei hauptsächlich um Wiederaufforstung, um Unterstützung der Lokalverwaltung, um Stärkung der lokalen Autonomie, um Menschenrechte und deren Verletzungen, u.ä. Die Zusammenarbeit mit den gewählten Organen der Lokalverwaltung gestaltete sich problemlos, während von seiten der Präfektur große Skepsis herrschte.

Und dann geschah das Vorhersehbare. Nach dem Vorspiel im Sommer 1998, als über 15.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo die ehemals grüne (heute kahlgeschlagene) und damals noch unvermintete Grenze überschritten, kamen diesmal Hunderttausende. Die Kleinstadt an der menta-

len Peripherie Albaniens fand sich im Zentrum der Weltöffentlichkeit wieder. Der Zusammenprall von erschöpften und teilweise mißhandelten Flüchtlingsmassen mit einer verarmten Bevölkerung, kriminellen Banden, der UČK, nicht existierender Infrastruktur, Massen von informationshungrigen Journalisten und der sehr langsam anrollenden humanitären Hilfsmaschinerie ergab ein Chaos, das sich erst nach und nach organisierte. Der massiv einsetzende Polittourismus fügte dem ganzen eine weitere Dimension hinzu.

Das Büro der OSZE fand sich aufgerieben zwischen der eigentlichen Aufgabe der Grenzbeobachtung und der Notwendigkeit, zumindest anfangs, bis das eigentlich dafür zuständige UNHCR seine Konvois in Bewegung setzen würde, das Chaos zu koordinieren, in Zusammenarbeit mit dem Krisenstab der Regierung und den wenigen vor Ort präsenten Hilfsorganisationen. Die Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Organisationen waren dabei nicht gerade hilfreich, aber letzten Endes hätte alles viel schlimmer kommen können, angesichts der im wörtlichen Sinn überwältigenden Anzahl von Flüchtlingen.

Über die Zukunft des Büros wird binnen weniger Wochen entschieden werden. Die Grenzbeobachtung ist heute obsolet, während die Entwicklungsarbeit von neuem beginnen kann. Das wenige, das vorher erreicht wurde, liegt jetzt in Trümmern, da der Aufenthalt der Flüchtlinge mit – einigen notwendigen, aber auch vielen vermeidbaren – Zerstörungen verbunden war. Dazu kommt eine relativ große Menge an Geld, die in die Region geflossen ist, welche zumindest einigen Menschen ein trügerisches Gefühl des Wohlstands vermittelt. Nachhaltigkeit ist allerdings ein Konzept, das den Weg ins nordalbanische Vokabular noch nicht gefunden hat. Davon zeugen auch einige zumindest teilweise gescheiterte Infrastrukturprojekte der Bundesregierung.

Es wird auch sehr stark an der Personalpolitik der OSZE-Präsenz liegen, ob der albanische Norden sich selbst überlassen bleiben wird oder nicht. Das ist vor allem nach der Schließung des nördlichsten Büros in Bajram Curri wahr, welche nach dem noch ungeklärten Mord an zwei albanischen OSZE-Mitarbeitern erfolgte. Kukës könnte für den Nordosten der Startpunkt für eine konstruktive Politik sein. Allerdings wäre es Aufgabe des Hauptquartiers, die albanische Regierung davon zu überzeugen, daß ihr Zuständigkeitsbereich sich nicht auf den Flughafen in Tirana und die Häfen Durrës und Vlora beschränkt. Regional- und Lokalpolitik müssen das Larvenstadium verlassen dürfen.

Shkodra

Einer der Schlüssel für die Zukunft Albaniens ist Shkodra, die Hauptstadt des Nordens und Hochburg der oppositionellen Demokratischen Partei. Das dortige Büro hat naturgemäß ein sehr politisches und politisiertes Mandat, da jede Entscheidung im Lichte der Parteienpolitik bewertet wird. Die politische Vermittlung steht folglich

im Zentrum der Arbeit des Büros. Es geht dabei einerseits um das Einbringen von DP-Standpunkten, die sich unter Umständen von der Parteilinie in Tirana unterscheiden, da ein Teil der Parteilite aus Shkodra kommt. Andererseits geht es um den – bislang erfolglosen – Versuch, die Demokraten auf dieser Ebene zur Teilnahme an der Parlamentsarbeit zu bewegen.

Shkodra, das im Laufe der letzten Jahre einige Unruhen und vor allem seit 1997 erhebliche Zerstörungen erleiden mußte, wird von einem recht explosiven Gemisch von Kräften in Atem gehalten. Unterschiedliche Gruppen halten sich gegenseitig in Schach, ein Gleichgewicht, das manchmal auseinanderbricht und dann meistens in Gewalt ausartet. Es sind dies einerseits kriminelle Banden, welche von der notorischen Abwesenheit staatlicher Kontrolle profitieren und sich relativ ungehindert entfalten können. Andererseits sind es politische Hitzköpfe, die unter dem Dachverband der „Liga der Antikommunisten Albaniens“⁴³ agieren, und deren Widersacher in der kleinen, aber radikalen lokalen Organisation der Sozialistischen Partei. Der albanische Geheimdienst SHIK erfreut sich in Shkodra ebenfalls eines vollen Terminplans.

Die verschiedenen albanischen Krisen haben immer eine spezifische Shkodraner Ausprägung. Entweder ist die Stadt der Startpunkt oder sie hat unter den Folgen zu leiden. Während der Septemberkrise waren vermutlich einige Shkodraner Radikale an der Planung und Durchführung der „Ereignisse“ beteiligt. Nach dem Mord an Azem Hajdari, dessen Anhängerschaft in der Stadt nicht gering ist, war es wieder einmal so weit. Aufgabe des OSZE-Büros war es, alle Seiten von dem Unsinn bewaffneter Konflikte in der Stadt zu überzeugen. Durch mühselige Vermittlungsgespräche, an welchen der damalige (und heute durch einen Hardliner ersetzte) Präfekt maßgeblich beteiligt war, gelang es, zumindest Shkodra auszusparen. Gemeinsame Patrouillen von Polizei und Antikommunisten stellten sicher, daß keinerlei Gewalt angewandt wurde. Leider war dieses Konzept auf Tirana nicht anwendbar. Das mögliche Ausmaß dessen, was verhindert wurde, sollte uns durch den Rücktritt des Premiers Nano vor Augen geführt werden, der mittels einer stundenlangen Schießorgie in der gesamten Stadt gefeiert wurde, die ein deutsches Silvesterfeuerwerk leise und langweilig erscheinen lassen würde und bei der erstaunlicherweise niemand verletzt wurde.

Im Gefolge der Septemberunruhen begann die Polizei, Beteiligte zu verhaften. Als einer der Leibwächter Hajdaris im Oktober 1998 in einer spektakulären Polizeiaktion festgenommen wurde, standen wenige Stunden später mehrere hundert Schwerbewaffnete bereit, um die Gebäude der Verwaltung zu stürmen. Die Polizei war verschwunden. Einem weiteren Vermittlungsmarathon des OSZE-Büros in Zusammenarbeit mit der schon erwähnten ECMM gelang es abermals, das Schlimmste abzuwen-

den, indem die Regierung auf Druck auch der damaligen österreichischen EU-Präsidentschaft die Haftaussetzung verfügte.

„Man weiß ja nie, was die darauf schreiben“ Erfolge und Probleme der OSZE-Arbeit

Einer der Erfolge der politischen Arbeit war, die radikalen Kräfte zu einem informellen Gewaltverzicht zu bewegen und ihren Status von dem von Terroristen zu einem politischen Faktor zu ändern. Einer der damit zusammenhängenden Pläne, der allerdings noch nicht realisiert wurde, war die Errichtung eines Dokumentationszentrums für politische Verfolgung in der kommunistischen Diktatur, einer Einrichtung, die es in Albanien genauso wenig gibt, wie den Zugang zu Akten des ehemaligen Geheimdienstes Sigurimi.

Daß die Arbeit des OSZE-Büros nicht auf uneingeschränkten Beifall stößt, zeigt ein Ereignis vom Oktober 1998, an dem ich das zweifelhafte Privileg der Teilnahme hatte. Damals wurde das Büro von sechs maskierten Personen mit vorgehaltener „Kalasch“ überfallen, die Einrichtung wurde ziellos zerstört und einige der Anwesenden mißhandelt (d.h. verprügelt), nachdem sowohl die persönliche Habe als auch die Bürokasse den Besitzer gewechselt hatte. Einer der Beteiligten zerstörte einen der Computer mit dem Kommentar: „Man weiß ja nie, was die darauf schreiben“. Die Tatsache daß eines der Autos gestohlen wurde, ist fast schon eine Selbstverständlichkeit. Es war damals das sechste, das allein der OSZE in Albanien gestohlen wurde, weitere sollten folgen. Es ist bis heute nicht geklärt, wer die Täter sind, ein politischer Hintergrund kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Neben der politischen Arbeit gab es allerdings auch andere Betätigungsfelder für das OSZE-Büro. Um nur einige aufzuzählen waren dies die Unterstützung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs); die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und das Knüpfen von Kontakten im Hinblick auf mögliche Investitionen, die Unterstützung der Universität, usw.

Letztere war wesentlicher Faktor in einer anderen albanischen Krise. Ein Studentenstreik im Dezember 1998, der in Shkodra begonnen hatte und bei dem es neben politischen Forderungen streitbaren Inhalts hauptsächlich um die Verbesserung der desolaten Studien- und Lebensbedingungen der Studenten ging, weitete sich schnell auf die meisten Universitäten des Landes aus. Die stetige Eskalation, begleitet von provozierenden gewaltsamen Übergriffen durch die Polizei und einer Schmutzkampagne in der linken Presse, führte schließlich zu einem Hungerstreik. Durch Vermittlung der OSZE wurde dieser beendet, die Regierung verpflichtete sich schriftlich zur Verbesserung der Situation. Seitdem sind einige Schritte unternommen worden, wichtigster dabei ist das Gesetz zur Universitätsautonomie, welches die Abhaltung von Wahlen der Rektoren und der anderen Organe der Universitäten in diesem Sommer vorsieht.

Gefordert: konstruktive Regionalpolitik

Shkodra wurde wie jede andere albanische Stadt von der Flüchtlingskrise dieses Jahres überrollt, der zeitweilige Aufenthalt neuer Flüchtlinge, zu denen einige tausend seit 1998 dazuzuzählen sind, stellte die Stadt vor schier unlösbare Probleme. Nun, da dieses Problem seinem Ende zusteuert, gilt auch für Shkodra, daß die Zentralregierung ihr Desinteresse an dieser Region beenden und endlich eine konstruktive Regionalpolitik nicht nur aber vor allem im Norden Albaniens führen müßte. Voraussetzung dafür ist allerdings die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und die Entwaffnung der Bevölkerung. Das OSZE-Büro, das vermutlich um die Grenzbeobachter abgespeckt werden wird, braucht jedenfalls nicht einen Mangel an Arbeit zu befürchten, genauso wenig wie die Präsenz als Ganzes. Da der noch amtierende Leiter der Mission, Daan Everts, zum Leiter der Kosovo-Mission der OSZE ernannt wurde, wird es seinem Nachfolger obliegen, neue Akzente zu setzen und die Arbeit fortzuführen. Die Situation hat sich insofern verändert, als Albanien ebenfalls in den Stabilitätspakt für Südosteuropa einbezogen wird und die alte, wenn auch teilweise berechtigte Klage über die Vernachlässigung durch die internationale Gemeinschaft nunmehr substanzlos geworden sein dürfte. Allerdings obliegt es der albanischen Seite, guten Willen zu Veränderungen zu beweisen. Die meisten politischen Krisen der letzten Jahre wären vermeidbar gewesen, jetzt heißt es weitere, die Aufbauarbeit störende, erst gar nicht mehr aufkommen zu lassen.

Harald Schenker ist M.A. der Ost- und Südosteuropäischen Geschichte, Balkanologie und Ethnologie. 1998 und 1999 arbeitete er in verschiedenen Büros der OSZE-Präsenz in Albanien. Während der Flüchtlingskrise wurde er nach Kukës abgestellt, um die humanitäre Hilfsaktion zu koordinieren. Ab Juli wird er im Auftrag des Hochkommissars für Nationale Minderheiten der OSZE in Skopje tätig sein.

¹ Nano, bis Ende 1998 Vorsitzender der Sozialistischen Partei und Innenminister in der ersten Übergangsregierung 1991, wurde Anfang der neunziger Jahre wegen Korruption zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Das Verfahren wurde von den Sozialisten als Schauprozeß gegeißelt. 1997 kam Nano frei und wurde nach den Parlamentswahlen Ministerpräsident. Das Akzeptieren seiner Kandidatur stellte von seiten des Westens einen Fehler dar, da klar sein mußte, daß er immer umstritten bleiben würde.

² Vgl. dazu den Artikel von Tim Bittiger.

³ Shkodra und seine Bevölkerung haben eine spezielle Leidensgeschichte innerhalb der kommunistischen Diktatur. Nach Schätzungen wurde etwa ein Drittel der Bevölkerung (d.i. fast jede eingeseßene Familie) auf die eine oder andere Art vom Regime verfolgt. Auf die Gründe soll hier nicht eingegangen werden, die Information genügt um zu erklären, daß die Linke keine besonderen Sympathien bei der Bevölkerung genießt.